

Herr Lienesch erklärte vertretend für die antragstellende Fraktion, dass die Motivation der CDU-Fraktion diesen Antrag zu stellen, darin gelegen habe, die Mitarbeiter des Ordnungsaußendienstes besser zu schützen. Der Medienberichterstattung sei zu entnehmen gewesen, dass städtische Mitarbeiter des Ordnungsamtes unterhalb des Karl-Gatzweiler-Platzes angegriffen worden seien und es der CDU-Fraktion daher ein Bedürfnis gewesen sei mit diesem Antrag, der auch als Prüfauftrag zu verstehen sei, den Weg, der von Stadt bereits in diesem Bereich beschritten würde, weiter fortzusetzen. Den Mitarbeitenden der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern solle ein besseres Sicherheitsgefühl vermittelt werden.

Herr Metz gab zu Bedenken, dass die Nutzung von Kamerasystemen aus guten Gründen, u. a. den Regelungen des Polizeigesetzes, an hohe Hürden gebunden sei. Dies sei ein Aspekt der besonders eingehend geprüft werden solle. Im Hinblick auf den HUMA-Park sei zu beachten, dass dies eine Privatgrundstück sei und der HUMA bzw. die Hurler-Gesellschaft hier entsprechend eigenständig tätig werden müsse.

Der Bürgermeister gab Herrn Metz im Hinblick auf die Installation von Kamerasystem Recht und bekräftigte, dass es hier zurecht hohe Hürden gäbe. Was die Sicherheit im HUMA-Park angehe, so sei festzustellen, dass die Stadt hier noch im Austausch mit der Firma Hurler stünde.

Frau Jung sagte, dass sie darüber etwas befremdet sei, wie martialisch der Antrag der CDU-Fraktion formuliert sei. Angriffe auf Ordnungskräfte oder auch Polizei seien zu verurteilen. Die Zusammenarbeit mit der Polizei und die Ordnungspartnerschaft sollten weiter fortgesetzt und bekräftigt werden. Weiterhin solle über den Einsatz von Streetworkern nachgedacht werden.

Der Bürgermeister antwortete dazu, dass er in Zusammenarbeit mit dem Landrat und der Polizeibehörde erwirken konnte, dass die Polizei-Präsenz in Zentrum von Sankt Augustin in den vergangenen Wochen deutlich und spürbar erhöht werden konnte. Dies stelle allerdings keinen Dauer-Zustand dar, da auch die Polizeibehörden bei ihrem Personal begrenzt seien.

Herr Müller erläuterte aus Sicht des Fachbereichs Ordnung, dass die Mitarbeiter und die Führungskräfte über der Vorfälle vor einigen Wochen, die Angriffe auf Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamtes, doch sehr schockiert gewesen seien. Wie bereits vom Bürgermeister angesprochen, sei die Stadt dankbar dafür, dass die Zusammenarbeit mit der Polizei gut funktioniere. Seitens der Polizei sind im Zentrum räumliche Betretungsverbote ausgesprochen worden. Dies bedeute, dass falls Personen, gegen die ein solches Betretungsverbot ausgesprochen wird, den Bereich des Zentrums nicht mehr betreten dürfen für einen bestimmten Zeitraum. Falls dagegen verstoßen werde, handele es sich um eine Straftat. Die Kollegen des Ordnungsamtes würden u. a. mit Stichschutzwesten ausgestattet werden. Im Hinblick auf die Ausstattung mit Reizstoffsprühgeräten sei darauf hinzuweisen, dass diese nicht so ohne Weiteres ausgeteilt werden könnten. Hier seien entsprechende Schulungen der Mitarbeiter notwendig. Für das Thema Deeskalation werde es bspw. eine Schulung geben. Bei gefahrenträchtigen Situationen würde die Polizei im Zweifelsfall im hinzugezogen.

Herr Knülle bekundete sein Bedauern über das, was den Mitarbeitern des Ordnungsamtes zugefügt worden sei. Dennoch sei die Problematik in Sankt Augustin mitnichten vergleichbar mit bspw. deutlich problematischeren Vierteln oder Stadtteilen in Großstädten. Es sei ein Fakt, dass man in Sankt Augustin grundsätzlich überall sicher leben und sich auch sicher aufhalten könne. Präventiven Maßnahmen müssten hierbei noch stärker Aufmerksamkeit gegeben werden, um perspektivisch für die Zukunft gesetzeswidrige Handlungen junger Menschen bereits im Ansatz verhindern zu können. Über derartige präventive Maßnahmen wie zum Beispiel die Schaffung der Stelle eines Streetworkers sei früher lange gerungen worden. Daher seien die Formulierungen im Antrag der CDU bzw. das was dort vorgeschlagen würde, zumindest teilweise, nicht der richtige Weg oder Ansatz.

Herr Doğan nahm Bezug auf das Thema Ordnungspartnerschaft: Bereits seit längerer Zeit sei festzustellen, dass sich die Polizeibehörden mehr und mehr aus dem eigentlichen ‚Geschäft‘ der Ordnungsbehörden zurückziehen. Auf Initiative der Stadt bzw. von Bürgermeister Dr. Leitterstorf konnte beim Landrat bzw. bei der Kreispolizeibehörde des Rhein-Sieg-Kreis für die derzeit weiter stattfindende Pandemie-Lage erwirkt werden, dass die Ordnungsbehörden weiter gut durch Polizeibeamte unterstützt würden. Für die Zukunft müsse die Ordnungsbehörde personell wohl doch eher aufgestockt werden. Im Hinblick auf Prävention bei jungen Menschen arbeite die Stadt mit der katholischen Jugendorganisation zusammen. Eine Perspektive seien die sog. Informellen Jugendtreffpunkte. Die Pandemie-Lage habe einen noch verstärkenden Einfluss auf junge Leute, die sich abends im Zentrum in und um den HUMA oder eben auch unterhalb der ‚Marktplatte‘ treffen würden. Diese Entwicklung sei allerdings auch schon vor 2020 zu sehen gewesen. Mit offener Kinder- und Jugendarbeit wolle man hier begleiten, um einen mäßigenden Einfluss ausüben zu können. Dennoch lasse sich nicht ganz verhindern, dass von Jugendlichen gesetzeswidrig Alkohol oder auch Cannabis konsumiert werde an öffentlichen Plätzen. Das Projekt „Betreten erlaubt“ solle, wenn möglich, im Zentrum neu angegangen werden.

Frau Jung fragte nach, ob für den von Herrn Doğan gemachten Vorschlag das zuletzt genannte Projekt neu aufzubauen mit einem entsprechenden Objekt auch ausreichend Geld für vorhanden sei.

Herr Doğan entgegnete, dass er dazu nun nichts Valides sagen könne. Die Thematik solle von allen Fraktionen im Sommer im Vorfeld der anstehenden Beratungen des Doppelhaushaltes erörtert werden, sodass festgestellt werden könne, welcher Höhe für welche Projekte, ggfls. Bauprojekte, der Jugendhilfe benötigt würde.

Herr Köhler schlug vor, dass sowohl Intervention als auch Prävention in eine Beschlussfassung mit eingebracht werden sollten. Zu Punkt 2 des Beschlussvorschlags solle eine kleine redaktionelle Änderung aufgenommen werden: Anstatt nur von „Fort- und Weiterbildung“ solle von „Fort-, Aus- und Weiterbildung“ gesprochen werden.

Herr Lienesch erklärte, dass er gegen die von Herrn Köhler vorgeschlagene Änderung keine Einwände habe. Die CDU wolle auch, dass dieser Antrag einen präventiven Charakter haben solle. Der Punkt 4 des Beschlussvorschlags könne nach den

Ausführungen des Sozialdezernenten gerne im Hinblick auf offene Jugendarbeit erweitert werden. Ansonsten sei der Antrag wie bereits vorher ausgeführt als Prüfauftrag an die Verwaltung zu verstehen.

Der Bürgermeister resümierte, dass der Punkt des Antrags derart ergänzt werden könne: „Dies gilt auch für andere Aspekte der offenen Jugendarbeit.“

Herr Lienesch erklärte sich damit einverstanden.